

Pressemitteilung



Reinhardt: „Die BMG – Studie belegt die Gefahren der Cannabis-Legalisierung“

Pressestelle der
deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin

Berlin, 03.05.2023 – *Zu den bekannt gewordenen Ergebnissen der vom Bundesgesundheitsministerium in Auftrag gegebenen Studie zur Cannabis-Legalisierung erklärt Bundesärztekammer-Präsident Dr. Klaus Reinhardt:*

„Der Bundesgesundheitsminister betont immer wieder, dass er wissenschaftliche Evidenz zur Grundlage seiner politischen Entscheidungen machen will. Wenn das sein Anspruch ist, muss er nach den Ergebnissen der von ihm selbst beauftragten Studie seine Gesetzespläne zur Cannabis-Legalisierung noch einmal grundlegend überdenken.“

Die Ergebnisse der Meta-Studie des Hamburger Instituts für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung zeigen: Wo Cannabis zu Genusszwecken freigegeben wurde, steigt der Freizeitkonsum an. Jugendliche müssen aufgrund von Cannabis verstärkt medizinische Hilfe in Anspruch nehmen. Erwachsene suchen häufiger Notaufnahmen wegen akuter cannabisbezogener Probleme auf. Sogar die Zahl der Verkehrsunfälle unter Cannabiseinfluss steigt. Damit bestätigt die Studie, wovor die Ärzteschaft seit Jahren warnt: Die Legalisierung von Cannabis führt zur Verharmlosung einer Droge, die nachgewiesenermaßen abhängig macht und zu schweren Entwicklungsschäden gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen führen kann.

Dazu passt, dass von der erhofften Austrocknung des Schwarzmarktes keine Rede sein kann. Drei Jahre nach der Legalisierung beschaffen sich in Kanada gerade einmal zwei Drittel

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter www.bundesaerztekammer.de

Ansprechpartner:
Samir Rabbata
Tel. (030) 40 04 56-700
Fax (030) 40 04 56-707
www.baek.de
presse@baek.de

der Konsumenten ihr Cannabis nach eigenen Angaben ausschließlich auf legalem Wege. In Ländern wie Uruguay liegt der Anteil des legalen Marktes bei nicht einmal 50 Prozent. Aufhorchen lassen sollte auch die Warnung der Gutachter, dass profitorientierte Unternehmen nicht nur die Verdrängung illegaler Anbieter anstreben könnten, sondern auch auf die Erschließung neuer Gruppen von Konsumierenden abzielen.

Diese Ergebnisse bestätigen die großen Sorgen, die Ärztinnen und Ärzte mit einer Cannabislegalisierung verbinden.

Der Bundesgesundheitsminister muss seiner Verantwortung gerecht werden, die Bürgerinnen und Bürger vor gesundheitlichen Schäden zu bewahren. Dieses Land braucht keine Cannabis-Legalisierung. Es braucht stattdessen eine Drogenpolitik, die entschieden auf mehr Präventions- und Hilfsangebote gerade für junge Menschen setzt.“